Einzelpreis 5 Mark

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Morgen-Ausgabe

Nr. 501 Jahrg. 215

Bezugspreis: monatlich Mk. 150.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Halle-Saale

Mittwoch, 25. Oktober 1922

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 15.— M. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60.— M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9249. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Die ungelöste Krise

Ebert, Reichspräsident bis Juni 1925 — Ein unabhängiger Vorstoß gegen Wirth — Der Kanzler schweigt — Der Reichstag bis zum 7. November vertagt

Der Reichstag hat gesprochen. Ebert ist, wie nicht mehr anders zu erwarten war, mit Zwei-Drittel-Stimmenmehrheit zum verfassungsmäßigen Reichspräsidenten ausersehen. Der Reichstag hat gesprochen! Nun — muß das Volk sprechen! Der deutschnationale Antrag auf Aussetzung der Verkündigung des Gesetzes auf zwei Monate noch §§ 72 und 73 der Reichsverfassung wurde abgelehnt. Noch bleibt dem Volke ein Weg offen, sein Recht zu verlangen: die Einbringung eines Volksbegehrens nach Art. 73 Abs. 3 der Reichsverfassung. Ein Volksbegehr ist herbeizuführen, wenn 10 Prozent der Wahlberechtigten zum Reichstage es verlangen. Zur Wahl der Nationalversammlung waren 38 Millionen wahlberechtigt, seitdem haben sich die Verhältnisse durch Ausscheiden größerer Gebietsteile aus dem deutschen Reichsverbande geändert. Legt man die Wahl vom 6. Juni 1920 zugrunde, für die 33 016 569 wahlberechtigt waren, und die im Jahre 1921 stattgefundenen Wahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein, bei denen etwa 2 100 000 wahlberechtigt waren, so erhält man als Summe der Wahlberechtigten 35 Millionen, zu denen noch die Wahlberechtigten Oberschlesiens hinzukommen, welche gleichfalls im Jahre 1920 nicht mitgewählt haben, so daß mit einer Gesamtzahl von 36 Millionen Wahlberechtigten gerechnet werden muß. Nach Artikel 75 der Reichsverfassung kann ein Beschluß des Reichstages nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt, also 18—19 Millionen.

Dringend ist es, einen Reichspräsidenten in Deutschland zu haben, der nicht, wie jetzt, Parteimann ist, und von dem die Sozialdemokratie ihr Heil erhofft. Deutschland braucht einen Präsidenten, der über den Parteien steht. In der Hand des Volkes liegt es jetzt, einen solchen Mann zu fordern, denn hierin liegt allein das Heil des Volkes. Die große Masse der Wähler im Reich wird wenig mit der Stellung ihrer Abgeordneten im Reichstage einverstanden sein und ein Volksbegehren mit ganzem Herzen begrüßen, denn es geht um das Recht des Volkes und um das Wohl des Volkes, das nicht ein derartiger Beschluß im Reichstage einfach übergehen kann. Und deshalb: Volksbegehren sei die Losung!

Die im Übrigen wenig interessante Sitzung des Reichstages erfuhr zum Schluß noch eine Auffrischung, als von unabhängiger Seite ein Vorstoß gegen den Reichskanzler gemacht wurde. Der Reichstagspräsident winkte jedoch ab. Zur Vorgeschichte hierfür ist folgendes zu bemerken:

Die Besprechungen Wirths mit den Parteiführern wurden am Vormittag fortgesetzt. Gleichzeitig wurde davon gesprochen, daß eine Reichskanzlerrede im Plenum bevorstünde. In dieser sollten vor allem drei Fragen berührt werden:

1. Die **Devisenordnung** bzw. die Maßnahmen zur Stützung unserer Mark.
2. Die Frage der **Koalitionserweiterung.**
3. Die Frage der Zusammenfassung des Volkes zu freiwilliger **erhöhter Arbeitsleistung** und Hebung der Gesamtproduktion.

Nach der in den Wandelgängen herrschenden Auffassung sollte diese Erklärung des Kanzlers nicht so sehr ein Programm der gegenwärtigen Regierung sein, als vielmehr seine persönlichen Auffassungen darstellen. Die weitere Entwicklung hätte dann zu zeigen gehabt, ob sich auf diesem Boden eine Parlamentsmehrheit mit vorwiegend bürgerlichen oder auch mit sozialistischem Einschlag zusammenfindet, oder ob es zum Rücktritt Wirths kommt. Nach welcher Seite hin der Kanzler bei seinen Ausführungen die stärkeren Konzessionen gemacht hätte, darüber herrschte Unklarheit und diese Unklarheit machte auch Vermutungen über den Erfolg seiner beabsichtigten Rede unmöglich.

Inzwischen traten in der Pause der Plenarverhandlungen die Fraktionsführer noch einmal zu einer Besprechung zusammen, deren Ergebnis dann war, daß der Kanzler darauf verzichtete, die beabsichtigte Rede zu halten, und daß die ganzen Fragen soweit sie tiefgreifender Natur sind, vorläufig noch einmal in der Schwebe gelassen werden.

*

Ueber die Reichstagssitzung haben wir noch folgendes zu berichten:

Nach der Pause kommt das Angestelltenversicherungsgesetz zur 3. Lesung. Reichsarbeitsminister Braun bittet nochmals, die beamteten Direktionsmitglieder als Beamte auf Lebenszeit anzustellen. Für den Fall der Ablehnung dieses Wunsches empfiehlt er einen vom Zentrum eingebrachten Eventualantrag, der die lebenslängliche Anstellung in den ersten drei Jahren der Amtstätigkeit widerruflich sein lassen will. Nach kurzer Debatte wird der Hauptantrag auf lebenslängliche Anstellung mit 210 gegen 182 Stimmen abgelehnt und der Zentrumsantrag mit 207 gegen 174 Stimmen angenommen. Ebenso gelangt das ganze Gesetz mit obiger Abänderung zur Annahme.

Es folgt die Schlußabstimmung über die Amtsverlängerung des Reichspräsidenten. Ein Geschäftsordnungsantrag Koenen-Bedbur auf Wiedereinnahme der Debatte wird abgelehnt und die Verlängerung der Amtsdauer des Präsidenten bis zum 30. Juni 1925 mit 314 gegen 76 Stimmen angenommen. Bei einer Stimmenthaltung. Präsident Loebe stellt fest, daß die Annahme des Antrages mit der zur Verfassungsänderung notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit erfolgt ist. Durch diesen Beschluß wäre das bisherige Provisorium beendet und der gegenwärtige Präsident Ebert ersucht, sein Amt als Reichspräsident bis 1925 weiterzuführen. Ein deutschnationaler Antrag, der die Verkündigung dieses Beschlusses auf drei Monate hinausschieben will, um inzwischen einen Volksentscheid herbeizuführen, wird in namentlicher Abstimmung mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Präsident Loebe: Der Antrag hat das für solche Fälle vorgeschlagene Drittel nicht erreicht. Der erste Beschluß tritt damit sofort in Wirksamkeit. Das Präsidium des Reichstages wird sich unmittelbar nach Schluß der Sitzung zum Reichspräsidenten begeben und ihn fragen, ob er diesem Ersuchen stattgeben will. Vor der Schlußabstimmung über die Getreideumlage beantragen die Abgeordneten Koenen (Komm.) und Lebebour (Unabh.) nochmals die Wiederaufnahme der Debatte, zumal da eine Regierungskrise eingetreten ist. Der Antrag wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt und die Getreideumlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit 236 gegen 160 Stimmen angenommen.

Abg. Lebebour (Unabh.) beantragt zur Geschäftsordnung, die Sitzung auf eine Stunde abzusetzen und den Reichskanzler zu ersuchen, in der neuen Sitzung Auskunft darüber zu geben, auf welche Parteien er sich in Zukunft zu stützen gedenke. Nach dem Ausfall der Abstimmung stehe der Reichskanzler vor der Unmöglichkeit, diese Politik fortzuführen, darum muß er den Reichstag auflösen und an die Wähler appellieren. Der Antrag wird abgelehnt. Sodann wird das Gesetz, das die Gehaltspfändungsgrenze auf 120 000 M. festsetzt, in dritter Lesung angenommen.

Der Reichstag vertagt sich um 3 Uhr auf den 7. November, nachmittags 3 Uhr. Die Festsetzung der Tagesordnung bleibt dem Präsidenten überlassen.

*

Anschließend an die Abstimmung über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 begab sich Reichstagspräsident Löbe zum Reichspräsidenten Ebert, um ihm Mitteilung von dem Beschluß des Reichstages zu machen. Beim Reichspräsidenten waren bereits der Reichskanzler und der Reichsminister des Innern anwesend. Der Reichstagspräsident richtete an den Reichspräsidenten eine Anfrage, worauf dieser erwiderte. Zum Zeichen der Beendigung des provisorischen Zustandes wurde auf dem Gebäude des Reichspräsidenten dessen Standarte gehißt, die nunmehr bei seiner Anwesenheit ständig gehißt werden wird. Eine halbe Stunde später machte der Reichspräsident dem Reichstagspräsidenten einen Gegenbesuch.

Für eilige Leser

Die Effektenbörse war gestern in Berlin geschlossen. Der Devisenmarkt zog auf schwächere Notierungen der Mark in Amerika wieder an. Die Produktenbörse war infolgedessen ebenfalls sehr fest.

*

In Halle wurde gestern durch Vermittlung des Wirtschaftsverbandes Sachsen-Anhalt eine Landesauftragsstelle gegründet.

*

Die Abstimmung zur Präsidentenwahl im Reichstag ergibt mit 314 gegen 76 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Amtsverlängerung der Präsidentschaft Eberts. Darauf wird der Antrag Hergt, die Verkündung des Gesetzes auf 2 Monate auszusetzen, mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Mehrheit bringt ein Hoch auf Ebert aus, und das Präsidium des Reichstages begibt sich zum Reichspräsidenten, um ihn zu diesem Ausgang zu beglückwünschen.

*

Der preußische Landtag setzte die Beratungen über die großen Anfragen betreffend die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung der besetzten Gebiete des Rheinlandes fort.

*

Der Steuerausschuß des Reichstags befaßte sich mit der Anzeigensteuer. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der eine endgültige Regelung vorschlagen soll.

*

Der Wohnungsausschuß des Reichstags beschloß, dafür einzutreten, daß zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die nächstjährige Bauperiode eine Wohnungsbauabgabe von 500 Prozent der Friedensmiete erhoben werden soll.

*

Im Prozeß Stein-Dietrich wurde Dr. Stein freigesprochen, während Kapitänleutnant Dietrich eine Strafe von 6 Monaten Gefängnis erhielt. Ein Monat wird als durch die Untersuchungshaft verbüßt angerechnet.

*

Stinnes hat das Hotel „Continental", eines der bekanntesten Hotels Münchens, gekauft.

*

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Bukarest wird in der nächsten Woche eine rumänische Delegation nach den Vereinigten Staaten abreisen, um an den Washingtoner Verhandlungen über die Bezahlung der interalliierten Schulden teilzunehmen.

*

Bei einem Einbruch in eine Herrenschneiderei Unter den Linden in Berlin haben die Diebe Stoffe und Kleider im Gesamtwerte von 3—4 Millionen Mark erbeutet.

*

In der vergangenen Nacht bemerkten Polizeibeamte in einer Straße in Barcelona durch die das Auto des Zivilgouverneurs kommen sollte, zwei verdächtige Personen, die sofort entflohen. Sie wurden verfolgt und warfen eine Bombe, die vor den Beamten explodierte. Diese schossen darauf auf die Verdächtigen. Bei dem Kampfe wurden ein Polizeibeamter und die beiden Fliehenden erschossen. Die Polizei versichert, ihr sei zur Kenntnis gelangt, daß die Syndikalisten einen Anschlag gegen den Gouverneur vorbereitet hätten. Die beiden Getöteten seien Syndikalisten gewesen.

*

Ein Eisenbahnunglück, bei dem zwei Personen getötet und eine größere Anzahl verletzt wurden, ereignete sich in der Nähe der Stadt Saint Denis in letzter Nacht.

Dollar amtl. 4408,95 G.

Volksernährung und Landwirtschaft

Berlin, 24. Oktober.

Exzellenz **Edler von Braun** nahm heute vor Pressevertretern Stellung zu den Bestrebungen, wie dem deutschen Wirtschaftsleben aus der gegenwärtigen ungeheuer schwierigen Lage geholfen werden soll. Er wies eingangs mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Erfahrungen aus der Kriegszwangswirtschaft und aus der Getreideumlage es völlig unverständlich erscheinen lassen, wenn heute erneut der Ruf nach der Zwangswirtschaft ertönt. Zu den Angriffen, die gerade in letzter Zeit verstärkt gegen die Landwirtschaft eingesetzt haben, bemerkte Exz. von Braun, daß entgegen allen anders lautenden Darstellungen die Landwirtschaft keineswegs zum extensiven Betriebe übergegangen wäre, sondern fortgesetzt am Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft und an der Intensivierung arbeite. Das zeige sich ganz klar in dem **Verbrauch von Düngemitteln,** der mit Ausnahme der Phosphorsäure im Vergleich zum letzten Friedensjahre z. B. bei Stickstoff und Kali um rund **50 Prozent zugenommen hat.** Die abnormen Witterungsverhältnisse in diesem Jahre, die z. B. bei der Körnerernte einen Ausfall gegenüber der vorjährigen Ernte von einem Drittel des Gesamtertrages bewirkt haben, verhindern natürlich, daß die Bemühungen der deutschen Landwirtschaft nach Produktionssteigerung einer weiteren Oeffentlichkeit so klar zutage liegen, wie man es wünschen möchte. Allerdings ist gegenwärtig der Augenblick gekommen, wo Kapitalmangel und die außerordentlichen Schwierigkeiten in der Kreditbeschaffung es der Landwirtschaft unmöglich zu machen drohen, in gleichem Maße wie bisher an der Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu arbeiten.

Was den Umlagepreis anlangt, so hat die Landwirtschaft erklärt, daß sowohl der im Gesetz vorgesehene Betrag für das erste Drittel wie der im Ausschuß vorgeschlagene Betrag zur Produktionsunfähigkeit führen wird. Es müsse mit allem Nachdruck betont werden, daß die ständige Verschlechterung des Wertes der Mark den Preis für Auslandsgetreide so enorm in die Höhe treibt, daß der Anteil, den das Umlagegetreide beim Brotpreise inne hat, selbst bei einer Vervierfachung der jetzigen Umlagepreise immer noch ein Minimum ausmacht.

Zwei große Aufgaben, so führte Exz. von Braun zum Schluß aus, müssen wir augenblicklich in Deutschland erfüllen. Es muß mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet werden, daß die inländische Erzeugung im nächsten Jahre, soweit als irgend möglich gesteigert wird. Hoffen müssen wir, daß nicht wieder wie in diesem Jahre abnorme Witterungsverhältnisse den größten Teil der Bemühungen fruchtlos machen. Zum andern sind sofortige Maßnahmen notwendig, um der minderbemittelten Bevölkerung, vor allem dem Mittelstande, über die schwierigen Verhältnisse im kommenden Winter hinwegzuhelfen.

Jede Hilfsaktion muß aber auf die Schultern der leistungsfähigsten Bevölkerungsschichten gelegt werden und darf nicht weiterhin einseitig der Landwirtschaft aufgebürdet werden. Die Landwirtschaft hat bereits ungeheure Opfer gebracht, sowohl in der Umlage wie auch in sonstiger privater Hilfstätigkeit, die sich leider zahlenmäßig nicht erfassen läßt. Deshalb ist es doppeltes Gebot, der Hetze gegen die Landwirtschaft vor allem in den Städten entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß diese rein wirtschaftlichen Fragen losgelöst werden aus dem politischen Kampfe und in ruhiger sachlicher Weise erörtert werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192210251-13/fragment/page=0001

An Hand eines umfassenden Zahlenmaterials ging dann Oekonomierat Keiser auf die Fleisch-, Milch- und Fettversorgung ein und zeigte, daß wir leider bei weitem noch nicht in unserer Viehhaltung wieder den Stand der Vorkriegszeit erreicht haben. Die ungeheure Höhe der Fettpreise erklärt sich in erster Linie dadurch, daß Schmalz Importware ist, der Preis für Schmalz ist vom Januar d. J. bis 14. Oktober von 26 Mark auf 475 Mark gestiegen. Hiermit hängen unlösbar die Preise für Margarine und Butter zusammen. Jedes Fallen der Mark bewirkt ein Steigen der Schmalzpreise und treibt automatisch den Preis für Margarine und Butter in die Höhe.

Den Gesamtfleischverbrauch in der städtischen Bevölkerung schätzt Oekonomierat Keiser auf 50 Prozent des Konsums in der Vorkriegszeit. Eine Wandlung zum Bessern sei auch hier nur zu erwarten, wenn mit allen Mitteln daran gearbeitet würde, den deutschen Viehbestand nicht nur auf die Höhe des Jahres 1913 zu bringen, sondern darüber hinaus erheblich zu steigern. — Ursache des außerordentlichen Rückganges in der Milchproduktion ist in erster Linie die verminderte Einfuhr von Kraftfuttermitteln, die zur Folge gehabt hat, daß die Durchschnittsleistung der deutschen Milchwirtschaft um zwei Fünftel zurückgegangen ist.

Preußischer Landtag

(Eigner Drahtbericht der „H. Z.")

Die Besprechung der **Rhein- und Saarland-Interpellationen** wird fortgesetzt.

Abg. **Bachem** (Dnt.) kritisiert die Expansionspolitik Frankreichs, die am Rhein ausgetragen wird. Daher der Plan Barthous, die Zollgrenze usw. In dieses System paßt auch vortrefflich die französische Bebauptung, daß die Besatzungsfrist überhaupt noch nicht zu laufen begonnen habe. Das Besatzungsheer verschlimmt mehr, als das ganze deutsche Heer im Frieden gesotzet hat. Unerträglich sind die Gewalttaten an der Bevölkerung.

Willkürlich wird auch auf das unbesetzte Gebiet übergegriffen. Die belgischen Besatzungsbehörden überbieten vielfach noch die französischen. Kann man sich der Bestrafung der Schuldigen nicht entziehen, so fallen die Strafen oft lächerlich gering aus. Andererseits schickt man diejenigen, welche über die Stärke der Besatzungstruppen der Oeffentlichkeit Mitteilung machen, wegen Spionage ins Gefängnis! Frau Schiffgens, die Vertreterin der Sozialdemokraten, hat die Franzosen für die Greuel des französischen Militarismus zu entschuldigen versucht, indem sie sie als unsere gelehrigen Schüler bezeichnete. (Pfuirufe rechts.)

Demgegenüber erinnere ich an das Ehrengeschenk, das im Jahre 1873 der Kommandierende General von Manteuffel nach beendeter Okkupation von Frankreich erhalten hat. (Lärm bei den Komm.) Der Militärwillkür stellt sich die Zivilbehörde die Rheinlandkommission, würdig zur Seite. Die Beamtenabsetzungen sprechen selbst dem Rheinlandabkommen Hohn. Die Belästigungen deutscher Abgeordneter und sogar unserer Minister mehren sich fortgesetzt. — Der deutschen Vorhut im Saargebiet können wir nur in tiefer Dankbarkeit gedenken. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. **Dantheer** (Dtsch. Volksp.) fordert, daß die Besatzungsbehörden dafür sorgen, daß Vorfälle wie in Düsseldorf, Oberkassel, Duisburg und Hamborn in Zukunft unmöglich gemacht werden. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß zur Verbesserung der Milchversorgung im Aachener Gebiet bereits Maßnahmen getroffen werden. Auch ist Anweisung ergangen, die Quartierentschädigung der Geldentwertung anzupassen. Gegen den Ausverkauf ist bereits eine Polizeiverordnung vom Oberpräsidenten erlassen worden, auch ist das Zollpersonal an der Grenze verstärkt worden.

Abg. **Pfenge** (Komm.) erklärt, die klassenbewußte Arbeiterschaft (!) könne sich an einem Protest gegen Rechtsbeugung durch die interalliierte Kommission nicht beteiligen. Gegen die deutschen Arbeiter sei von deutscher Seite das Recht zu oft gebeugt worden.

Abg. Dr. **Gottschalk** (Dem.) weist darauf hin, daß Frankreich Deutschland zerschlagen will. Die deutsche Demokratie müsse den Einheitsgedanken an erste Stelle stellen.

Frau Abg. **Bachem**-Königswinter (Zentr.) erhebt als deutsche Frau Einspruch gegen die farbige Besatzung in den Rheinlanden. Zweifelsfrei sind die Feststellungen über ihre Folgen durch englische, amerikanische, ja selbst französische Rheinlandbesucher. Männer und Frauen der gesamten Zivilbevölkerung haben bereits Protest eingelegt. Angesichts der Ernährungsschwierigkeiten und der Finanznot Deutschlands müsse die Besatzung herabgemindert werden.

Damit schließt die Aussprache.

Hierauf verabschiedet das Haus endgültig die Entwürfe über die Erweiterung des Stadtkreises Kiel sowie über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Förderung der Königsberger Hafenanlagen.

In sämtlichen drei Lesungen nimmt das Haus darauf die Novelle zur Besoldungsordnung für unmittelbare Staatsbeamte an. Gleichfalls verabschiedet werden im Anschluß daran die Neubesoldung für Lehrer und Lehrerinnen in Volks- und Mittelschulen. Das Haus geht darauf die neuen Bezüge für Mitglieder und für den Präsidenten des Preußischen Landtages fest. Sie betragen nunmehr anstatt 25 000 35 000 M., dazu tritt bei den Beamtengehältern vorgesehene Ausgleichszuschlag.

Mittwoch 11 Uhr: Fall Stubenrauch. Verkauf städtischen Hausbesitzes an Ausländer. Schluß: 5 Uhr.

*

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschloß, die Vertagung der Vollsitzungen am Mittwoch, dem 25. Oktober, bis zum 6. November eintreten zu lassen. Vom 6. bis 11. November sollen dann weitere Vollsitzungen erfolgen, wobei der 9. November sitzungsfrei bleibt. In diesem kleinen Sitzungsabschnitt sollen eine Anzahl noch unerledigter Gegenstände aufgearbeitet werden, so der Antrag über die Gewerbesteuer, sowie über Ueberschichten. Außerdem sollen die Ausschüsse tagen. Die Städteordnung kommt noch nicht zur Beratung; der Staatsrat hat mitgeteilt, daß Ende November die zweite Lesung beginnen soll. Am 12. November tritt sodann eine weitere Vertagung bis zum 23. November ein.

Alarmzeichen aus Oberschlesien

In letzter Zeit mehren sich die Angeichen dafür, daß von nationalistischer polnischer Seite anscheinend versucht wird, Unruhen im deutsch gebliebenen Oberschlesien zu entsochen. In polnischen Versammlungen wird den ehemaligen Aufständischen und Agitatoren empfohlen, ihre alten Arbeitsstätten aufzusuchen. Selbst unter entehrenden Bedingungen sollten sie nichts unversucht lassen, um an ihren alten Wohnsitz zurückzukommen. Es soll dadurch bezweckt werden, in dem deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens eine neue Organisation zu schaffen, die auf einen Wink vom gewisser Stelle bereit ist, die Situation auszunutzen und loszuschlagen. In den Versammlungen der Aufständischen wird erneut die Losung ausgegeben: **„Oberschlesien muß polnisch werden bis zur Oder!"**

Keine lange Amtsdauer Bonar Laws

w. London, 24. Oktober.

Aus den gestrigen Reden Curzons und Bonar Laws in der Versammlung der Konservativen im Hotel Cecil sind folgende Stellen hervorzuheben: Lord Curzon sagte, in Bonar Law habe die Nation den Mann, den sie für die gegenwärtige Krise brauche. Die Arbeiterpartei bilde eine beträchtliche Gefahr für den Staat. Die Behauptung, die Abstimmung im Carltonklub bedeute den Beginn einer reaktionären Politik, sei unsinnig. Die Politik Bonar Laws werde eine Politik der Nüchternheit, nicht die eines glänzenden Feuerwerks sein; **ihre Losung werde Beständigkeit, nicht Sensation sein.** Curzon sagte weiter: Wir wollen den Frieden wieder herstellen. Der Friede kann aber nur wieder hergestellt werden, wenn wir mit den Arbeitern zusammen handeln, nicht gegen sie. Bei der schwierigen Lage der Welt kann unsere Position nicht durch aufsehenerregende Ueberraschungen und nicht durch eine Politik hochmütiger Isolierung wiedergewonnen werden, sondern nur durch Kompromisse, durch Zusammenwirken und durch Aufrichtigkeit. Bonar Law erklärte, Lloyd George habe in der größten Krise der englischen Geschichte Dienste geleistet, wofür die Nation niemals dankbar genug sein könne. Die Dankbarkeit bedeute nicht, daß er das Recht habe, sein ganzes Leben hindurch Premierminister zu bleiben. Die englische Verfassung habe ein Sicherheitsventil; wenn nämlich die Regierung in Mißkredit gerate und Volkstümlichkeit verliere, könne zum Vorteil der Nation ein Wechsel bewerkstelligt werden, selbst wenn dadurch keine Besserung eintrete. Man ergiele dadurch einen frischen Start und beginne mit neuer Hoffnung. Die Leute, die erklärten, die Koalition müsse wegen der Gefahr einer Arbeiterregierung für immer fortbestehen, irrten sich; denn dies sei gerade der Weg, der unbedingt früher oder später zur Arbeiterregierung führen würde. Was in England gegenwärtig vor allem gebraucht werde, sei Konservatismus im weiten Sinne des Wortes. Das Land brauche Ruhe und die Befreiung von Abenteuern und Verpflichtungen sowohl im Inlande als auch im Auslande. Bonar Law sagte weiter, er fürchtete, daß er die Anstrengungen seines Amtes nicht sehr lange werde ertragen können, wenn er sie auch auf sich nehmen solle. Wenn jedoch die Zeit komme, wo er spüre, daß ihm die Bürde des Amtes zu schwer werde, so sei nicht von ihm zu erwarten, daß er bleibe.

Aus aller Welt

Celly de Rheydt vor dem Reichsgericht

Der Prozeß gegen die bekannte Nacktängerin Celly de Rheydt beschäftigte jetzt das Reichsgericht als Revisionsinstanz. Das Landgericht I in Berlin hatte am 21. Januar verurteilt: Frau Cäcilia Sewelob, genannt Celly de Rheydt, wegen Sittlichkeitsvergehens zu 20 000 Mark Geldstrafe, deren Ehemann Alfred Sewelob wegen Beihilfe zu dem Vergehen zu 16 000 Mark Geldstrafe und den Direktor Heinz Fuß wegen Beihilfe zu 400 Mark Geldstrafe. Der Sachverhalt dürfte noch in Erinnerung sein. Seit Anfang 1920 trat Frau Sewelob mit ihrem Ballet auf Bühnen und Kabaretts in Berlin auf, und zwar als sogenannte Nacktängerin. Der Unternehmer dieses Balletts war ihr Ehemann. Bei ihren Tänzen war die Angeklagte meist nur mit einer Halsperlenkette und einem Schleier bekleidet. In ihrer Revision hatten die drei Angeklagten prozessuale und sachliche Rügen erhoben. Sie erklärten auch, daß sie sich des unzüchtigen Charakters der Darstellungen nicht bewußt gewesen seien, da diese Monate lang vorher unbeanstandet geblieben seien. Das Reichsgericht hob das Urteil auf, soweit Frau Sewelob nach § 184 in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von 20 000 Mark und soweit ihr Gatte wegen Beihilfe zum Vergehen gegen § 184 in einem Falle zu 15 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Die Sache wurde insoweit in die Vorinstanz zurückgewiesen. Im übrigen wurde die Revision der drei Angeklagten als unbegründet verworfen.

Französische Wohnungsansprüche

Die französische Wohnungskommission hat in Mainz die drei Hotels „Mainzer Hof", „Englischer Hof" und „Bahnhofhotel" vollständig beschlagnahmt, außerdem in dreizehn anderen Hotels insgesamt 140 Betten requiriert. Dazu kamen neuerdings noch weitere 34 Betten. Ursprünglich waren deren 80 gefordert, aber den Bemühungen des Oberbürgermeisters gelang es wenigstens, sie auf 34 herabzudrücken. Man ersieht daraus, welche ungeheure Besatzungskosten Mainz zu tragen hat. Auf alle Vorstellungen erklären die französischen Behörden, auf eine Verminderung der requirierten Bettzahl nicht eingehen zu können; versprochen jedoch, nur solche Personen in Mainz unterzubringen, die unbedingt in der Stadt wohnen müssen.

Graf Zech Gesandter in Helsingfors. Der bisherige Reichsgesandte in München, Graf Zech, ist zum deutschen Gesandten in Helsingfors ernannt worden.

Der Staatsgerichtshof gegen Pfarrer Traub. Wie die P. P. C. hören, ist vom Oberzeichsanwalt beim Staatsgerichtshof zum „Schutze der Republik" gegen Pfarrer Traub ein Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten eingeleitet worden.

Schweres Bauunglück in Oberbayern. Bei dem Bau von Genossenschaftshäusern in Friedberg in Oberbayern stürzten größere Sandmassen auf die in einer Kanalgrube beschäftigten Arbeiter. Drei Mann sind erstickt.

Uhrendiebstahl. Gestohlen wurden aus einem Uhrenladen in Wurzen mehrere goldene und silberne Uhren, teils gebraucht im Werte von 36 000 Mark.

Sechzigtausend Mark für die Ermordung der Tochter. Die französischen Besatzungsbehörden ließen den Angehörigen der am 12. Juli 1922 von afrikanischen Soldaten der französischen Rheinarmee ermordeten Frida Gucke aus Idstein eine vorläufige Entschädigung von 60 000 Mark überweisen.

Schwerer Radfahrerunfall. Zwischen Erlau und Tannenberg stieß der Radfahrer Privatus Geißler aus Mittweida mit dem Motorradfahrer Kaufmann Zettler ebendaher zusammen. G. erlitt bei dem Zusammenstoße einen schweren Schädelbruch, während Z. mit leichten Verletzungen davontam.

Ein Schnellzug durch einen Selbstmörder aufgehalten. Vor den Leipziger Schnellzug 83, der Radebeul bei Dresden passierte, warf sich auf freier Strecke der 20 Jahre alte Fabrikarbeiter Friedrich Wilhelm Kaiser in selbstmörderischer Absicht. Der Lokomotivführer versuchte, die Maschine noch zum Halten zu bringen, doch war es nur noch möglich, die zerstückelte Leiche zu bergen. Kaiser soll die Tat aus Liebeskummer vollbracht haben. Weil der Zug fast eine halbe Stunde Verspätung hatte, ging in Dresden das Gerücht um, es sei ein Eisenbahnunglück passiert.

Die heilige Scholle

Ein deutscher Bauernroman aus dem letzten Jahrhundert.

27] Von Paul Burg.

Copyright Max Koch, Leipzig.

(Nachdruck verboten.)

Die Eichen, welche Martha Weberling in verstohlener Angst gepflanzt hatte, um dem alten Brauche zu genügen und die guten Geister des Schulzenhofes nicht zu erzürnen, sie wuchsen nur kümmerlich unter dem Wind, krumm und ärmlich — bis sie im andern Jahr ganz verdorrten und eingingen. Aber der Schulze verlachte trotzig durch Jahr und Tag die Warnung, welche durch diesen schlechten Eichenwuchs Unheil voraussagten.

„Das Marthchen hat jedes Jahr ein Kind — und eins ist immer schöner als das andere," wehrte er stolz ab. „Was ist mehr wert — ein Mensch oder ein Baum? Fragt die Urgroßmutter Velten danach! Sie ist fünfundneunzig, möchte aber noch nicht sterben, die stolze Urahne."

Wahrheit war es. Aber in ihrem blauen Mantel Urgroßmutter Velten — sie ging jetzt recht gebückt und hörte schwer — wartete auf den Erkel aus Marios Schoße, auf den Sohn des Andreas. Seltsam, diese Ehe blieb Jahr für Jahr ohne Kindersegen. Maria betete und weinte darum in ihren stillen Stunden. Andreas durfte es nicht merken, denn er lachte sie aus. „Wir sind doch noch zu jung — mein Großvater war vierzig, als sein Sohn ankam."

Der alte Weberling war auch krumm und halbtaub mit den Jahren geworden. Er saß manchmal noch am Spinnrad, das Weben war ihm zu sauer, und er hatte das Tagwerken als Altsitzer ja auch nicht mehr nötig, denn Maria und Andreas brachten ihm ein liebes und gutes Altersbrot, hielten ihn in hohen Ehren. Andreas aber ließ den Webstuhl verstauben. Er quälte sich als ein Bauer von früh bis spät auf seinem Felde. Schwiegervater Lindenschmidt half ihm. Die Mutter ließ sich immer selten sehen. Und eines Tages, auf immer erneutes Fragen nach ihr, kratzt sich Lindenschmidt seinen roten Schopf und setzt den Rechen ab.

„Ja, Andreas — mein teurer Schwiegersohn — du . . . du wirst einen kleinen Bruder zu Weihnachten kriegen!"

„Wär's die Möglichkeit!" Andreas staunte, Maria lachte und klatschte froh in die Hände.

„Da hätten wir gleich was zum Hätscheln, wir beide!" rief sie aus.

„Nichts da! Der Junge bleibt mir im Haus. Ich bau' schon eine Wiege für ihn," rief der Lindenschmidt.

„Hält ihn ja noch nicht — und ob es ein Junge wird?" spottete Andreas.

„Mein Kind wird ein Sohn! Das ist doch ausgemacht. Wofür heiß' ich sonst Lindenschmidt und hab soviel Jahre mit dem Heiraten gewartet? Herr des Himmels — Andreas, ist deine Mutter ein gutes Weib! Wir kommt manchmal vor als hätt' ich mein früheres Leben verschlafen. Und nun wird man noch gar Vater von einem Sohn!" hubelte der Rotkopf und griff seine Arbeit wieder mit Riesenkräften an.

Andreas stand versonnen. Alles ging ihm auf und gelang. Er hatte Glück mit dem Bauersein, mit Maria — nur ein Kind fehlte im Haus.

Sein Weib faßte ihn bei der Hand.

„Sei nicht traurig drum, Andreas! Wir hätten damals den Brautschleier nicht an die Eiche hängen sollen. Ich dacht' es gleich, das ist nicht gut, denn es gibt eine alte Weisheit: mit dem Brautschleier muß man später die Kindlein in den Wiegen aufdecken, vor den Fliegen und Schmaken — Göttest du ihn doch wieder heruntergeholt von der Eiche, Maria!"

„Wie konnt ich das wagen, das erste Stück zu berühren, welches unserer Hände gemeinsamer Arbeit entwuchs!"

Sie hielten Mittagsrast unter den jungen Eichen, welche schon mannshoch im vollen Grün standen. Da kam ein Mädchen über die Felder gelaufen und winkte, schrie atemlos: „Nach Hause kommen! Nach Hause! Der Schulze!" „Mein Vater —?" „Ja, junge Frau!" Das Mädchen war so außer Atem und schreckgejagt, daß es nichts weiter zu sagen wußte.

Lindenschmidt rannte mit großen Sätzen über die Aecker, dem Dorfe zu. Andreas führte sein Weib, das vor Angst zitterte, auf den Schulzenhof.

Sie traten an des Schulzen Leiche. Auf dem Scheunenboden war er durch eine morsche splitternde Bohle herabgestürzt und hatte sich auf der steinigen Dreschtenne das Genick gebrochen. In wimmerndem Weinen kniete Marthchen bei der Leiche und hielt die erkaltende Hand.

„Der gute Vater! Immer ist er gut zu mir und den Kindern gewesen. Was soll nun werden?"

Franz Velten stand mit schlaffen Händen. Er hatte keine Träne um den toten Vater, der ihm oft so schroff begegnet war. Nun war er ja selber Hofherr, war frei — doch auch über diese Freiheit vermochte er sich nicht zu freuen. Wie Aengste vor der Zukunft lag es auf ihm. Die uralte Ahnin Velten führte die Kinder an der Hand herbei.

„Franz, dein Vater und dein Wächter ist nicht mehr!" mahnte sie streng.

Maria lehnte weinend ihrem Andreas an der Brust. „So gut ist der Vater gewesen — so gut bei aller Strenge! Er lebte doch bloß für uns. Kein Weib und keine Freude mehr hat er gehabt. Andreas, wir wollen es ihm nie vergessen, daß er sich damals übermunden hat und Ja gesagt, als wir heirateten. Ich weiß, wie schwer es ihn ankam und wie er es mir zuliebe tat. Der Schulze und ich — wir sind wohl immer viel stolz aufeinander gewesen. Der gute Vater!

Andreas, wir wollen seinem Andenken Ehre machen, daß er uns noch im Grabe segnet."

Von der Dreschtenne, die so oft seiner Ernte Segen erbrachte, trugen sie ihn hinein, den verstummten Mann, in sein Vaterhaus und trugen ihn am dritten Tage zu Grabe. Das ganze Dorf war Zeuge, und alle sahen mit entblößten Häuptern seinen Sarg versinken. Ja, das war noch einer von altem Schrot und Korn gewesen.

Nun schlief der Schulze Velten auf dem Kirchhofe am Osterberg zu Seiten seines Weibes den letzten, langen Schlaf, zu dem ihn Gott läh abberufen hatte. Aber er hatte gute Grabesruh, denn seine Kinder segneten ihn.

Niemand war erstaunter als der Landgänger Valentin, wie er heuer zum Mähen Einzug hielt und den Schulzen nicht mehr vorfand.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192210251-13/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 25. Oktober.

Teuerung und Löhne

In Halle betrug die Teuerungsziffer für eine fünfköpfige Familie im April d. J. 2744, im Juli d. J. betief sie sich auf 4661 und schnellte im September auf 10 049 in die Höhe. Mit anderen Worten, die Lebenshaltung ist, verglichen mit dem Monat April d. J., um 266,2 Proz. teurer geworden. Der Schichtlohn eines Häuers im Braunkohlenbergbau mit Frau und 3 Kindern betrug im Vergleich hierzu im Monat April d. J. 119 M., im Juli d. J. 219 M. und im September d. J. 550 M. Die Lohnsteigerung beläuft sich mithin auf 362,1 Proz., ist also wesentlich höher als die Steigerung der Teuerungsziffer.

Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kommt man, wenn man die Reichs-Indexziffer mit den westfälischen und mitteldeutschen Schichtlöhnen vergleicht. Die Reichs-Indexziffer geht bekanntlich von 1914 = 100 aus und betrug im Januar 1920: 623 und im September 1922: 11 876. Der September d. J. war mithin um das 113,76fache teurer als der September im Jahre 1914. Der Häuer-Schichtlohn mit Frau und 2 Kindern betrug im westfälischen Steinkohlenbergbau im Jahre 1914: 5,22 M. und im September 1922: 625 M. Es hat mithin eine Steigerung des Schichtlohnes um das 119,8fache stattgefunden. Der entsprechende Schichtlohn eines Häuers im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau stieg von 3,73 M. im Jahre 1914 auf 541 M. M. im September 1922, er erfuhr mithin eine Steigerung um das 145fache. Aus den angegebenen Zahlen ist weiter zu beobachten, daß der Unterschied zwischen den Häuerschichtlöhnen in Westfalen und Mitteldeutschland im Jahre 1914: 28,5 Proz. betrug, im September 1922 dagegen nur noch 13,5 Proz. Zieht man die entsprechenden Oktoberlöhne in Rücksicht (Westfalen 785 M., Mitteldeutschland 697 M.), so erkennt man, daß sich die Differenz noch weiterhin auf den Betrag von 11,6 Proz. vermindert hat. Es hat also eine ganz beträchtliche Annäherung des Lohnniveaus des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues an das des westfälischen Steinkohlenbergbaues stattgefunden.

Die Fahrlässigkeit auf dem Rade

Strafkammer Halle a. S.

Am 7. Juni fuhr der Ingenieur Lorbeer auf seinem Fahrrade, vor sich auf dem Sitze einen kleinen Knaben, die Wettiner Straße herunter, und zwar, wie mehrere Zeugen bekundeten, in ziemlich schnellem Tempo. Als er am Mühlweg angelangt war, kam ein Straßenbahnwagen durch den Mühlweg, den er vorher nicht hatte sehen können. Der Radfahrer versuchte noch eine Schwenkung nach vor dem Straßenbahnwagen durchzukommen, er stieß jedoch an mit der Folge, daß der Knabe getötet wurde und er selbst ebenfalls eine Verletzung davontrug. Nun stand er wegen fahrlässiger Tötung vor dem Gerichte, das ihn wegen der groben Fahrlässigkeit zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte. Eine Bewährungsfrist wurde ihm auf drei Jahre zugebilligt unter der Voraussetzung, daß er eine Buße von 20 000 Mark in monatlichen Teilzahlungen von 4000 Mark bezahlt.

*

Der Schneider Gerhard Kohl hatte im August mit seiner Verlobten eine Ferienreise durch Thüringen gemacht, auf der ihm schließlich das Geld ausging. Die Braut pumpte bei einem Onkel in Stadtsulza 1500 Mark, die der Bräutigam zurückzuzahlen übernahm. Als die Rückzahlung nicht erfolgte, mahnte die Braut daran, und als er sich nicht mehr zu helfen wußte, da er damals kein Geld hatte, fertigte er einen Postenlieferungsschein an, der die Eingabung des Geldes beweisen sollte, um die Braut zu beruhigen. Da der Onkel aber mahnte, weil er das Geld nicht bekommen hatte und die Braut glaubte, die Sendung könnte verlorengegangen sein, so ließ sie auf der Post nachfrage halten und den Schein vorlegen, wobei dann der Schwindel herauskam. Wegen Urkundenfälschung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten oder zu 9000 Mark Geldstrafe.

— **Der „Blutsonntag" muß herhalten!** Es ist zu ruhig in Halle. Die wenigen Kommunistenjünglinge, die den Sowjets der Lerchenfeldstraße nach der Vereinigung noch geblieben sind, brauchen „Aktion". „Blut muß fließen . . . !" wir kennen den Kehreim in Halle zur Genüge. Und da es bei uns keinen gegneten Stoff zum Hetzen gibt, ist der Genosse Kremer engagiert worden, der heute im „Volkspark" über den Blutsonntag in Berlin, den die Kommunisten in Gang brachten, reden soll. Auch über den „Aufmarsch der Reaktion" will Kremer berichten! Er muß es ja wissen . . . .

— **Eine weiße Amsel wurde von einem unserer Leser beobachtet.** Sie fühlte sich offenbar unter ihren schwarzen Genossen nicht recht wohl. Zuerst wurde sie für eine kleine Taube gehalten, doch erkannte man den Vogel als Amsel an dem goldgelben Schnabel, der Größe, Gestalt, ihren Gewohnheiten und der Art und Weise, ihre Nahrung zu suchen.

— **Rentenzahlung bei der Post.** Die Zahlung der Militärrenten und der Invaliden- und Unfallrenten findet beim Postamt 1, Gr. Steinstraße, wie folgt statt: a) für Militärrenten am 28. Oktober für die Nummern 1 bis 4000, am 30. Oktober für die Nummern 4001 bis Schluß, am 31. Oktober für die Nummern 1 bis Schluß. Am 1. und 2. November werden Militärrenten nicht gezahlt. b) Für die Invaliden- und Unfallrenten am 31. November für die Nummern 1 bis 3800, am 2. November für die Nummern 3801 bis Schluß. Vom 28. Oktober bis einschließlich 4. November werden die Renten in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, an den folgenden Tagen von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittage gezahlt.

— **Die Revision des Reichsversorgungsgesetzes für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene** wird nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers an den Reichsrat beschleunigt gefördert und wird dem Reichstage noch im Dezember als Vorlage beschäftigen.

— **Helft den Reichswaisenhäusern!** Infolge der ungeheuren Teuerung befinden sich die Reichswaisenhäuser zum Teil in äußerster Not und können kaum noch den Betrieb aufrechterhalten, so sie trotzen der traurigen Notlage, ihre Pforten zu schließen. Es ist daher dringend nötig, daß hier eine durchdringende Hilfe schnellstens einsetzt. Jedem sei es Ehrensache, hier zu helfen. Die Deutsche Reichsfechtschule hat durch ihre Sammeltätigkeit im Laufe der Jahre 6 Reichswaisenhäuser im Deutschen Reiche geschaffen und auch erhalten und etwa 2000 Waisenkinder zu tüchtigen Menschen erzogen. Durch die Teuerung ist es nun fast zur Unmöglichkeit gemacht, die Häuser weiter zu erhalten. Trotzdem ergeht an alle edle Menschen die herzliche und dringende Bitte: Helft den Waisen! Helft alle! Spenden, Beiträge, Stiftungen werden gern entgegengenommen von dem Leiter des Reichsverbandes für Waisenfürsorge „Deutsche Reichsfechtschule, Verband Halle-Thüringen, Stadtsekretär H. Ebel, Fichtestr. 5, Fernsprecher 1992. Postscheckkonto Leipzig 61294. Bankkonto Reinhold Steckner in Halle.

— **Der Kartoffelbestäubung in Wagen, die zum Versand von Düngesalzen verwandt worden sind, ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.** Die Salze greifen die Kartoffeln an und führen zum Verderben. Um solche Schäden zu vermeiden, ist es dringend notwendig, daß die Empfänger von Düngesalzen, die ja meistens gleichzeitig auch Kartoffelverlader sind, die Eisenbahnwagen gründlich von Düngesalzresten reinigen. Dies wird sich jedoch bei dem jetzt einsetzenden Massenversand nicht immer durchführen lassen, doch lassen sich Schäden zum Teil dadurch vermeiden, daß der Wagenboden mit Stroh oder Torfmull ausgestreut wird.

— **Abteilung für Maschinenschreiben, Kurzschrift und Buchführung an der städtischen kaufmännischen Berufs- und Handelsschule.** Der Magistrat plant, noch im laufenden Winterhalbjahr besondere Kurse für Maschinenschreiben, Kurzschrift und Buchführung einzurichten. Aufgenommen werden nur Schüler und Schülerinnen, die eine ausreichende Vorbildung nebst vollständiger Beherrschung der deutschen Sprache nachweisen. Der Unterricht soll von 8—10 Uhr stattfinden. Nähere Auskunft wird erteilt im Amtszimmer des Direktors der städtischen kaufmännischen Berufs- und Handelsschule (Sophienstraße 37, Eingang Luisenstraße). Anmeldungen werden dort bis zum 26. Oktober in den Sprechstunden von 11—12 Uhr entgegengenommen.

— **Berufung. Direktor** Niedermeyer, früher **Direktor der Stadtsparkasse** in Mühlhausen und später in Eisenach, ist zum Direktor der Kommunalbank (Girozentrale für die Provinz Sachsen, Niederlassung Halle) berufen worden.

— **Jugendherbergsverband „Mittelelbe".** Tagung des Zweigausschusses „Mittelelbe" des Verbandes für Deutsche Jugendherbergen am 28 und 29. Oktober im Reformrealgymnasium in Halle.

— **Neuland-Lebensgemeinschaft.** Donnerstag, den 26. Okt., abends 8 Uhr spricht Gudo Diehl, Eisenach, hier in Halle in der Aula des städtischen Lyzeums, Alte Promenade über „Die Bedeutung der Neulandbewegung in der gegenwärtigen Notzeit".

— **Der Heimatkalender für Halle und den Saalkreis.** (Verlag Karras u. Koennecke, Halle, Mittelstraße), ist trotz der leidigen Teuerungsverhältnisse auch fürs Jahrs 1923 in dem alten Umfange von 120 Quartseiten wieder erschienen, zum Preise von 50 Mark. Zunächst bringt er viel an Wissenswertem und Belehrendem. Gedächtnis- und Jubiläumsartikel betreffend den 1723 in Reideburg geborenen Nationalökonomen Schönberg von Brenkenhof und den hallischen Dichter G. A. Eberhard. Heimatgeschichtliche Stoffe enthalten die Arbeiten über den Petersberg und die Schlacht bei Wettin, sowie die Gedichte von dem hallischen Freiheitshelden Wilhelm Wollring und dem Marktgrafen Konrad dem Großen von Wettin. Auch eine Originalkomposition des hallischen Tonmeisters Martin Frey und eine Würdigung der hallischen Bildhauerin Erna Vatbinger enthält der äußerst reichhaltige Kalender, der seinen Zweck, die Liebe zu unserer so schwer darniederliegenden und doch so schönen Heimat zu erhalten und zu vertiefen, nicht verfehlen wird.

Aus Mitteldeutschland

Neubildung der Thüringer Handwerkskammern

Weimar, 23. Oktober.

Das Pressearmt schreibt: Durch Verordnung des Thüringer Staatsministerium werden die bisherigen Handwerkskammern in Weimar, Gera, Meiningen, Arnstadt und Gotha mit Wirkung vom 1. April 1922 ab aufgelöst und an ihre Stelle drei neue Kammern in Weimar, Gera und Meiningen gebildet. Die bisherigen Kammern waren von den früheren Einzelstaaten geschaffen worden und ihre Begrenzung auf diese zugeschnitten. Den wirtschaftlichen Anforderungen und den Interessen des Verkehrs entsprachen daher die Grenzen verschiedener Handwerkskammerbezirke keineswegs. Die neue Kreiseinteilung Thüringens ließ eine neue Einteilung auch der Handwerkskammerbezirke als eine Selbstverständlichkeit erscheinen. Die Größe der meisten bisherigen Thüringer Kammern lag weit unter der Durchschnittsgröße der preußischen Kammern. Deshalb sind an Stelle der bisherigen fünf Kammern in Thüringen drei leistungsfähige Kammerbezirke gebildet worden.

Dem Widerstand, der der Neubildung der Bezirke von Handwerkskreisen besonders in den Teilen Thüringens entgegengesetzt wurde, die ihren Kammerbezirk wechseln, konnte mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse des Handwerks unmöglich Rechnung getragen werden. Insbesondere konnte die Handwerkskammer Gotha nicht aufrechterhalten werden, deren Bezirk ohnehin schon zu den kleinsten gehörte und nach der Abtrennung von Zella-Mehlis und dessen Zuteilung zum Kreise Meiningen eine weitere Minderung (um 1/4 seines Handwerkerbestandes) erfahren hat. Damit den Städten Arnstadt und Gotha, deren Handwerkskammern durch die Neuorganisation wegfallen, ein gewisser Ersatz zuteil wird, sollen in diesen Städten Zweigstellen der für sie zuständigen Handwerkskammern errichtet werden. Dasselbe wird in solchen Städten geschehen, in denen ein besonderes Bedürfnis dafür herausstellt. Auch den Bestrebungen, die die Bildung einer einzigen Handwerkskammer für Thüringen verlangten, konnte nicht entsprochen werden: Die Handwerker und die Vorstände der Innungen sind vielfach auf unmittelbaren persönlichen Verkehr mit ihren Kammern angewiesen. Deshalb war es nicht angängig, für ganz Thüringen mit seinen besonders schwierigen Verkehrsverhältnissen nur eine Kammer zu bilden.

Die neuen Handwerkskammern werden 10 000 bis 18 000 Handwerksbetriebe umfassen. Ihr Bezirk ist dann neuen Kreisgrenzen angepaßt.

△ **Ammendorf, 23. Oktober.** (Kirmes.) Hier fand gestern die diesjährige Kirmes statt. Es fehlte dabei in den Gastwirtschaften nicht an Kuchen sowie Braten und sonstigen Speisen und Getränken, deren Genuß sich jedoch nur diejenigen Besucher, die übrigens in großer Zahl erschienen waren, leisten konnten, deren Geldtasche gehörig mit großen Scheinen gespickt war. Wie üblich, waren auch diesmal die meisten Gäste aus Halle erschienen, die sich zumeist durch Tanz in den verschiedenen Lokalen in die Kirmesstimmung zu versetzen versuchten.

△ **Merseburg, 23. Oktober.** (Zeichen der Zeit.) Der Zirkus Sarrasani beabsichtigt, hier demnächst Vorstellungen zu geben. Die Direktion des Unternehmens kündigt an, daß sie für jeden ihr abgelieferten Zentner Hafer 20 gute Mittelplätze gewährt. Auch kleinere Mengen werden angenommen. Wer 5 Pfund bringt, erhält dafür einen Mittellogenplatz.

g. **Kitzen, 23. Oktober.** (Eine großzügige Unterstützungsaktion) zur Linderung der sozialen Not ist hier beschlossen. Die Ortskommission des Gemeinderats bewilligte eine Million Mark zur Unterstützung Bedürftiger im Laufe des kommenden Winters. Insbesondere sollen Kartoffeln und Kohlen zur freien Abgabe beschafft werden. Sonst sind Vorschriften über die Verteilung der Unterstützungen nicht gegeben; eine gleichmäßig zusammengesetzte Kommission wird über die Zuwendungen entscheiden. — Ganz erheblich erhöht wurde die Hundesteuer. Es kostet der erste Hund jedes Besitzers 1500 M., jeder weitere 3000 M., für Kettenhunde zahlt man 300 M. Steuer. — Der Preis des Wassers einschließlich Kanal- und Kläranlagen-Gebühr wird auf 12 M. für das Kubikmeter festgesetzt. — Wesentlich verteuert wurde auch das Begraben werden. Es wurden dafür gleitende Gebühren festgesetzt, die sich nach den auf dem Friedhof gezahlten Löhnen richten. Gegenwärtig kostet danach ein gewöhnliches Reihengrab 1650 M., ein einfstelliges Heckengrab 11 200 M., ein zweistelliges 20 750 M. — Vielleicht kommt auf die letzteren auch noch eine Luxussteuer.

— **Helbra, 23. Okt.** (Eine geheimnisvolle Entführung.) Eine junge Frau aus Helbra wartete in Creisfeld auf die Straßenbahn, als plötzlich ein Auto vorfuhr, dem drei Männer entstiegen, die der Frau ein Betäubungsmittel unter die Nase hielten, und sie ins Auto brachten, worauf es in rasender Fahrt davonging. Kurz vor Berlin erlitt das Auto eine Panne und durch das Hinzukommen einiger Passanten wurde die Frau aus den Krallen der Menschenjäger befreit. Vom roten Kreuz unterstützt, fand sie den Weg in ihre Heimat wieder, wo, ob dieses geheimnisvollen Vorfalles große Bestürzung und Aufregung herrscht.

— **Sangerhausen, 24. Okt.** (Die Wahlen zum Kreistag) hatten folgendes Ergebnis: Bürgerliche 1300 Stimmen, Sozialdemokraten 400 Stimmen, Kommunisten 600 Stimmen, Bauernbund 240 Stimmen.

Kleine Nachrichten aus Mitteldeutschland

Saalfeld. An der Saalefrücke wurde ein kleiner Junge durch einen Radfahrer angefahren und schwer verletzt. * **Plötz.** Diebe statteten dem Jagdhause am hiesigen See einen Besuch ab und räumten dasselbe fast vollständig aus. * **Obhausen.** Die 13½jährige Frieda Kögel wurde beim Spiel von einem Rübenwagen überfahren. Der Wagen ging über den Leib und verursachte so schwere Verletzungen, daß das Mädchen daran gestorben ist. * **Könnern.** Wahrscheinlich auf Grund einer Denunziation wurde hier von einer Ententekommission bei dem Gutsbesitzer Fehse nach Waffen gesucht. Die Herren haben aber ohne Erfolg heimfahren müssen.

Gesetzliche Regelung der Kleinrentnerfürsorge.

Von Dr. Oberfohren, M. d. R.

Die Deutschnationale Volkspartei hat es sich von jeher zur besonderen Aufgabe gemacht, das Verständnis für die große und unverschuldete Notlage der infolge ihrer Arbeitsunfähigkeit aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen Personen, die von ihren infolge der fluchtartig weichenden Währung gesunkenen Renten nicht mehr leben können, bei den gesetzgebenden Körperschaften zu wecken. In einer ganzen Reihe von Anträgen und jüngst noch am Schlusse ihres letzten großen Antrages zur Kleinrentnerfürsorge forderte die Partei die Reichsregierung auf, zwecks endgültiger Behebung der wirtschaftlichen Notlage der Kleinrentner eine gesetzliche Regelung vorzubereiten; denn nur so könne mit wirklich tauglichen Mitteln verhütet werden, daß einer der besten Stände unseres Volkes zermalmt werde.

Dieser Aufforderung ist die Reichsregierung nicht gefolgt; dagegen ist in diesen Tagen dem Reichstage ein Initiativantrag auf Erlaß eines Reichsgesetzes über Kleinrentnerfürsorge zugegangen, der somit in seinem Grundgedanken auf eine von deutschnationaler Seite mehrfach erfolgte Anregung zurückgeht. Mit der Zuweisung der Fürsorgepflicht für die Kleinrentner an die Gemeinden, wie sie in diesem Entwurf auf der Grundlage vorgesehen wird, daß der Fürsorgeberechtigte monatlich mindestens die gleichen Bezüge erhalten soll, wie sie für die Erwerbslosen der betreffenden Gemeinde vorgeschrieben sind, wird man sich im allgemeinen einverstanden erklären können. Das gilt aber nicht von einer ganzen Reihe anderer Bestimmungen des Entwurfes.

Zunächst ist auch diesmal der vorgesehene Umfang des Begriffs der „Kleinrentner" anzufechten, der wieder auf die „Bedürftigkeit" abgestellt ist. Die erste Forderung muß darauf gehen, die gesetzliche Unterstützung nicht von der „Bedürftigkeit" abhängig zu machen, sondern vom „Bedürfnis", also eine Abänderung herbeizuführen, die hinsichtlich des Empfängerkreises eine bedeutend entgegenkommendere Haltung der Behörden ermöglichen wird. Ferner ist unhaltbar, daß den fürsorgeverpflichteten Gemeinden ohne weiteres ein Erstattungsanspruch gegen den Nachlaß des Kleinrentners hinsichtlich der ihnen durch die Fürsorge entstandenen Aufwendungen zugestanden werden soll. Sie muß unbedingt dahin eingeschränkt werden, daß Hausrat und andere bewegliche Gegenstände, die zum Nachlaß des Kleinrentners gehören, von dem Erstattungsanspruch freibleiben. Im übrigen dürfte der Anspruch zweckmäßig so zu regeln sein, daß er auf die Hälfte beschränkt wird, soweit Erben der Steuerklasse I und II des Erbschaftssteuergesetzes, auf zwei Drittel, soweit Erben der Steuerklasse III, auf drei Viertel, soweit Erben der Steuerklasse IV in Betracht kommen. Wenn die Gemeinden an das Reich einen Anspruch von 50 vom Hundert der ihnen durch die Fürsorge entstehenden Aufwendungen zuerkannt werden soll, so verkennt der Entwurf die Notwendigkeit, die Freudigkeit dieses Trägers der Fürsorgepflicht möglichst zu erhalten. Der angegebene Prozentsatz muß mindestens auf 90 vom Hundert heraufgesetzt werden. Damit wird auch eine Bestimmung hinfällig, deren praktische Durchführbarkeit zweifelhaft ist, nämlich, daß die Gemeinden zur Deckung der sie treffenden Aufwendungen besondere Zweckteuern erheben können, und zwar einen Zuschlag bis zu 20 v. H. auf alle Vergnügungssteuern und eine Steuer auf alle Umsätze in Schank- und Gaststätten, stoffelmäßig von 3 bis 20 vom Hundert.

Diese Erhaltung der Freudigkeit muß auch maßgebend sein bei einer über das normale Maß hinausgehenden Zusatzfürsorge der Gemeinden; für solche Fälle will der Gesetzentwurf starken Erstattungsanspruch ausschalten. Demgegenüber wird die Gewährung wenigstens eines teilweisen Erstattungsanspruches in erfreulichem Umfange anregend wirken.

Deshalb ist auch bedenklich, daß bis von anderer Seite dem Fürsorgeberechtigten zugehenden Leistungen wie Alters- und Versorgungsrente, Unterhaltsbeiträge, Stiftungsmittel, Naturalbezüge usw. bei Festsetzung des Fürsorgeanspruches voll in Anrechnung kommen sollen, zumal, da diese Leistungen für die Zukunft nicht feststehen. Es wird sich empfehlen, die Anrechnung der nebenhergehenden privaten Fürsorge auf die Hälfte zu beschränken.

Ganz außer acht gelassen wird in dem Initiativantrag der große Kreis der Personen, die zur Sicherung oder Erleichterung ihres Lebensunterhaltes im Alter oder bei Krankheit in Heimen, Klöstern, Stiften, Feierabendhäusern und ähnlichen Anstalten Aufnahme gefunden haben. Diese Anstalten müssen durch ausreichende Reichszuschüsse in den Stand gesetzt werden, die Versorgung dieser Personen dem heutigen Bedarf entsprechend vorzunehmen.

Die Durchführung dieser Abänderungen und Zusätze ist eine unerläßliche Vorbedingung dafür, daß auch für den enterbten Stand der Kleinrentner der Satz der Reichsverfassung wahr gemacht wird: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192210251-13/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

Die Landesauftragsstelle Mitteldeutschland gegründet

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Mitgliederversammlung des Wirtschaftsverbandes Sachsen-Anhalt wurde eine Kommission für Satzungsänderungen gewählt, die von dem Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie gewünscht werden und eine weitere Heranziehung und Eingliederung der freien Verbände in den Rahmen des Wirtschaftsverbandes bezwecken. Der Nachtragsetat wurde bewilligt. Des weiteren wurden längere Besprechungen über die Ernährungslage und die Werkswohnungsfrage gepflogen.

Im Anschluß an die Mitgliederversammlung fand dann die Gründung der Landesauftragsstelle statt. Als Gründer haben sich vorläufig beteiligt: Die Vermittlungsstelle für das Handwerk, der Waldbesitzerverband, der Zentralverband des Großhandels, Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt, Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten, Weißenfels, und der Industrie und Arbeitgeberverband Weißenfels.

Sämtliche syndizierten Industrien haben naturgemäß an der Landesauftragsstelle geringeres Interesse, da für sie bereits durch die Syndikate eine Vertretung besteht. Zweckmäßig würde wohl noch die Beteiligung der Ziegelindustrie, des Sägewerke und des Holzhandels sein.

Als rechtliche Form ist der Verein nach bürgerlichem Rechte gewählt worden. Der Verein ist eine Unterstelle der preußischen Landesauftragsstelle. Der große Wert dieser Landesauftragsstelle wird sich erst zeigen, wenn der Industrie Arbeitslosigkeit droht. Die Landesauftragsstelle hat nämlich den „Zweck, die Interessen der Gewerbetreibenden an behördlichen und ihnen gleichstehenden Aufträgen zu wahren und im Sinne einer gerechten, der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes entsprechenden Verteilung zu wirken."

Die verschiedenen bereits bestehenden Stellen dieser Art arbeiten zu voller Zufriedenheit z. B. in Köln, Niedersachsen und Niederschlesien. Für ein so bedeutendes Gebiet, wie Mitteldeutschland es im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft darstellt, war es gewissermaßen eine zwingende Notwendigkeit, diese Stelle zu schaffen, und es wird, wie wir hoffen und wünschen, für Mitteldeutschland von unermeßlichem Nutzen sein, in der bevorstehenden schweren Zeit eine solche Stelle zu besitzen.

Vom Zuckermarkt

berichtet unser Magdeburger Mitarbeiter: Infolge der günstigen Witterungsverhältnisse kam man in der Landwirtschaft mit den Rübenrodungen gut voran. Hinsichtlich der Ertrage haben die Ackergewichte weiter zugenommen, auch der Zuckergehalt der Rüben hat sich gebessert, doch bleibt die Ausbeute immer noch beträchtlich hinter der des Vorjahres zurück. Der Modus der Abrechnung der Rübenlieferungen steht jetzt im Vordergrunde des Interesses. Gegen das bisherige System der Verrechnung am Ende der Kampagne wurde infolge der fortschreitenden Geldentwertung vielfach Einspruch erhoben und die Bezahlung der Rüben spätestens 8 bis 14 Tage nach Lieferung gefordert.

Am Verbrauchszuckermarkt ist die erste Freigabe kürzlich erfolgt, und zwar sind den Landesbehörden bis 15. Nov. 1,5 Millionen Doppelzentner zur Verfügung zu stellen, wovon 1,13 Millionen Doppelzentner für den Mundverbrauch und der Rest zu anderen Zwecken bestimmt sein soll. Die Ausführungsanweisungen für die neue Zuckerverordnung sind bisher lediglich für Preußen bekanntgegeben worden, während solche der übrigen Länder immer noch aussehen. Soweit die vorliegenden Richtlinien es gestatten, wurde in der vergangenen Woche mit den ersten Verkäufen und Abladungen bereits begonnen, im übrigen ist mangels Ausführungsbestimmungen mit Verzögerungen in der Zuteilung zu rechnen. Die über den Verteilungsmodus immer noch bestehenden Unklarheiten haben in allen an der künftigen Regelung der Zuckerwirtschaft interessierten Kreisen die bisherige Unsicherheit nur noch vertieft. Die Bedenken gegen die Durchführung einer schematischen Organisation, wie sie in der neuen Verordnung vorgesehen ist, bestehen nach wie vor, umso mehr als befürchtet wird, daß dadurch eine gerechte Verteilung nicht gewährleistet werden kann, sondern nur wieder dem Schieberhandel zu Wucherpreisen die Wege geebnet werden. Die in dieser Richtung zu Tage getretenen unliebsamen Begleiterscheinungen des Systems der Zuckerkarten, das jetzt in Preußen wieder eingeführt werden soll, sind aus früheren Zeiten hinreichend bekannt. Außerdem ist die Einführung der Zuckerkarten jetzt mit außerordentlichen Unkosten verbunden und die Zeit bis zum 1. Dezember, zu welchem Termin dieses System in Kraft treten soll, viel zu kurz, um einen derartig umfangreichen Apparat zu organisieren. Vorläufig gilt für die jetzt getätigten Zuckerverkäufe ein Preis von 6000 Mark pro 50 Kilogramm, doch dürfte bei der anhaltenden Verschlechterung des Markwertes eine Preiserhöhung in absehbarer Zeit nicht zu vermeiden sein. — Am Rohzuckermarkt hat der Geschäftsverkehr ebenfalls eine Belebung erfahren. — Die Haltung im Auslandszucker ist im Einklang mit der katastrophalen Devisenentwicklung sehr fest. Obwohl die Auslandsforderungen nachgebend sind, stellt sich heute Auslandsware in deutscher Währung auf etwa 11 000 Mark pro 50 Kilogramm bekannte Bedingungen, doch wurde auch noch erheblich darüber hinaus gehandelt, man nannte Preise bis über 2300 Mark. — Ausländische Melasse, besonders polnischer Herkunft, war angeboten und fand zu Preisen, die unter Inlandsnotierungen lagen, Absatz.

Am tschechischen Zuckermarkt waren die Preise unter dem Einfluß der steigenden Londoner Devise befestigt. — Rohzucker wurde in der verflossenen Woche mit 155 Kronen gehandelt. — Ab 1. Oktober wird in Tschechien monatlich eine amtliche Zuckerstatistik über Produktion, Verbrauch und Aufruhr zur Veröffentlichung gelangen. An den übrigen auswärtigen Märkten war die Preisgestaltung ebenfalls noch oben gerichtet, sowohl aus London als auch aus Paris wird feste Marktstendenz gemeldet. — Am New-Yorker Zuckermarkt schlossen greifbare Zentrifugalzucker die vergangene Woche mit 5,33 cts. per lb. Für spätere Lieferungen wurden ebenfalls lohnende Preise bewilligt. — Auf Kuba ist die Kampagne beendet, der Gesamtertrag wird auf 3,99 Millionen Tonn geschätzt gegen 3,94 Millionen Tonnen im Vorjahr. Die Verschiffungen sind anhaltend sehr reichlich.

★ **Beteiligungsziffern.** Gewerkschaft Heiligenroda hat für Kaliwerk Heiligenroda V eine endgültige Beteiligungsziffer von 2,9128 Tausendstel = 56 v. H. der durchschnittlichen Beteiligungsziffer. Gewerkschaft Alexandershall eine endgültige Beteiligungsziffer von 2,0789 Tausendstel = 40 v. H. der durchschnittlichen Beteiligungsziffer erhalten.

Metallwerke, vormals J. Aders, A.-G., Neustadt-Magdeburg. Die außerordentliche Generalversammlung vom 23. Oktober beschloß, das Grundkapital um 15 auf 40 Mill. Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien werden namens eines Konsortiums von der Bankfirma Dingel & Co., Magdeburg, zum Kurse von mindestens 140 Prozent mit der Verpflichtung übernommen, davon 12,5 Mill. Mark den Besitzern alter Aktien zum Kurse von höchstens 200 Prozent in der Weise zum Bezuge anzubieten, daß auf 2 alte eine neue entfällt. Die neuen Aktien erhalten für 1922 ein Viertel der auf die alten Aktien entfallenden Dividende. Wie der Vorsitzende ausführte, sei die Notwendigkeit der Kapitalserhöhung durch die weitere starke Entwertung der Mark begründet. Indes wolle man die Erhöhung nicht gleich durchführen, sondern nur Vorsorge für die Zukunft treffen. Aus diesem Grunde habe man auch in dem Beschluß den Uebernahmekurs als Mindestkurs und den Anbietungskurs als Höchstkurs festgesetzt. Wie sich die Differenz zwischen beiden endgültig gestalten werde, lasse sich heute nicht übersehen. Der Aufsichtsrat hat aber nunmehr die Ermächtigung, das Kapital bis auf 40 Mill. Mark zu erhöhen. Wie mitgeteilt wurde, ist die am 15. März 1922 beschlossene Erhöhung des Kapitals um 15 auf 25 Mill. Mark bis jetzt bis auf 22,5 Millionen Mark durchgeführt. Die jetzt beschlossene Kapitalserhöhung gilt bis zu dem Betrage als durchgeführt, der bis 31. Dezember 1923 gezeichnet ist. Die beantragten Abänderungen der Satzungen, die fast ausschließlich durch die Kapitalserhöhung, die Entwertung der Mark und die Gesetzgebung veranlaßt wurden, fanden einstimmige Annahme. Erwähnt sei, daß der Gegenstand des Unternehmens auch auf den Handel mit Waren ausgedehnt wird. Die auf der Tagesordnung stehende Wahl zum Aufsichtsrat wurde wieder zurückgezogen, da die Angelegenheit noch nicht spruchreif ist.

ss. **Vogtländische Maschinenfabrik, A.-G., Plauen i. V.** (Eigener Drahtbericht.). Die a. o. G.-V. genehmigte die Kapitalserhöhung um 18 auf 100 Millionen Mark durch Ausgabe von 18 000 ab 1. Juli 1922 dividendenberechtigten Stammaktien, die zum Kurse von 300 Prozent ausgegeben werden. Ferner genehmigte die Versammlung die Umwandlung der bestehenden 2 Millionen Mark Vorzugsaktien in Stammaktien. In der anschließenden Aufsichtsratssitzung wurde folgender Gewinnverteilungsvorschlag beschlossen: Reingewinn 40 977 034 (7 712 524) Mark, Abschreibungen 18 797 482 (4 081 695) Mark. Dem Werkerhaltungskonto werden 10 Millionen Mark zugeführt und für Wohlfahrtszwecke 3 Millionen Mark aufgehoben. Dividende 25 (10) Prozent.

f. **Elbe-Dampfschiffahrts-A.-G., Hamburg.** (Eigener Drahtbericht.) In der in Magdeburg abgehaltenen a. o. G.-V. wurde mitgeteilt, daß infolge des Ausfalles der Abstimmung in der a. o. G.-V. am 14. September, in der eine Betriebsgemeinschaft mit der neuen deutsch-böhmischen Elbeschiffahrtsgesellschaft abgelehnt wurde, 6 Aufsichtsratsmitglieder ihr Amt niedergelegt haben. Es sind dies: der Aufsichtsratsvorsitzende Major a. D. Plade-Aken, Schiffseigner Buse-Mühlberg, Kaufmann Nobolski-Magdeburg, Direktor Merseburg-Aken, Schiffseigner Schwarz-Magdeburg, Schiffahrtsvertreter Schiefe-Aken. Nach längerer Aussprache wurden neu gewählt: Die Schiffseigner Siebert, Schnuppe, Meißner und Direktor Eichner, sämtlich aus Aken, ferner Schiffseigner Koelling-Tangermünde und Kaufmann Heim aus Königsstein in Sachsen.

★ **Schiffsverkehr auf der Saale.** Mitgeteilt von der Reederei der Saaleschiffer, Akt.-Ges., Halle a. S. Angekommen am 21. Oktober Kahn Nr. 575, Sr. Luxenius, Kahn Nr. 5743, Sr. Kalbitz, von Hamburg; Eilbampfer Nienburg mit Stückgut von Hamburg.

Börsenberichte

Berliner Börse.

Heute war die Börse für den offiziellen Effektenhandel geschlossen. Im freien Verkehr herrschte große Zurückhaltung, teils wegen der politischen Unsicherheit, teils weil man mit dem Uebereifer am letzten börsenfreien Tage doch etwas ungünstige Erfahrungen gemacht hatte. Immerhin wurde im freien Verkehr eine ganze Anzahl Kurse genannt. Von einheimischen variablen Werten hörte man Caro 2700, Bedarf 3100, Hohenlohe 4000, Deutsche Bank 1700, Darmstädter Nation. 575, Lloyd 980. Licht und Kraft 1400, Eisenhandel 1400, Harpen 16 000, Stöhr 16 000, Junghans 1400. Von Kassawerten nannte man Erdmannsdorfer 2600, Z. Ganz 900, diese beiden auf Kapitalserhöhung, Thörl 5000, Fiender 1910. Von Werten des freien Verkehrs seien erwähnt Ipus 17 000, Ufa 925, Heldburg 3500, Benz 1210, Alder Kali 2300. Von Kolonialpapieren nannte man Pomona 200 000, Südsee 13 500, Salitrera 160 000 Mark, Otavi 19 000 M., Schantung 2300. Von Auslandspapieren hörte man Canada 14 000, Zolltürken 5700, Ungarn Gold 5400, Credit 530, Wiener Bankverein 380. In Devisen und Dollar kam die Aufwärtsbewegung von neuem in Gang, teils auf die politische Lage, teils auf die Ungewißheit über die Revision der Devisenverordnung. Der Dollar wurde mit etwa 4400 genannt. Ein Kurs für „Handelsanteile" war nicht zu hören. Der Uebergang der 35 Mill. M. Anteile auf Hugo Stinnes wurde kaum besprochen. Ueber solche Geschäfte macht man sich in jetziger Zeit kaum Kopfzerbrechen. Interessant ist das Zusammentreffen dieser beiden Persönlichkeiten von so grundverschiedenem Geschäftswesen doch. Nachher wurden Salitera 185 000 M. genannt. Von anderen Kursen seien noch erwähnt Petroleum 4000, Gelsenkirchen 6500, Luxemburger 6000, Phönix 6000.

An der Frankfurter Börse

blieben die Devisen ziemlich fest. Newyork 4400, London 19 700, Brüssel 300, Paris 314, Schweiz 812, Holland 1737. — Für den Effektenverkehr blieb die Börse geschlossen.

Hamburger Börse.

Die Devisen zogen erneut an. Nach vorbörslich stärkerem Steigen stellten sich die Kurse zu Beginn des offiziellen Verkehrs: Holland 172 000, London 19 600, Newyork 4425. Die Effekten verkehrten uneinheitlich. Auslandswerte gingen zu hohen Kursen um. Banken zeigten durchschnittlich unveränderte Haltung bis auf Ueberseer-Bank. Schiffahrtswerte zum Teil niedriger, Austral — 90, Kosmos — 110, Lloyd — 50. Gesteigen dagegen waren Hamburg-Süd + 50 und Vereinigte Elbe + 100. Am Montanmarkte waren die Kurse wenig verändert. Von Eisenbahnwerten waren namentlich Schantung gefragt (2450). Fischereiwerte gesteigen. Cuxhavener Hochsee + 140. Von Industrieaktien gaben Lederwerke nach, Wandsbeker Leder 3200, Stade 3100.

Devisen-Notierungen

Berlin, 23. Okt.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rottd.	1720.68	1729.32	New-York	4408.95	4431.05
Buenos Aires	1581.03	1588.97	Paris	311.71	313.29
Bulgarien	30.50	30.95	Schweiz	805.48	809.52
Briss.-Antw.	279.30	280.70	Spanien	670.81	674.19
Christiania	785.53	789.47	Oesterr. abgest.	5.88	5.92
Kopenhagen	883.78	888.22	Prag	142.64	143.36
Stockholm	1174.05	1179.95	Budapest	1.71	1.73
Helsingfors	103.74	104.26	Poln. Mark-Noten	—	—
Italien	179.35	180.45	Japan (1 Jen)	2119.68	2130.32
London	19600.87	19699.13	Rio de Jan. (Milr.)	488.77	491.23

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 24. Okt.

Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für 1 Kilo.

Raffinade-Kupfer 99—99,5 %	1200 1220	Zinn (Banca-Straits-Australi)	3440 3460
Orig.-Hütt.-Weichblei	490 510	Hüttenzinn 99 %	3320 3410
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	85 870	Reinnickel (98-99 %)	2530 2600
Remelted-Platt.-Zink	810 840	Antimon (Regulus)	470—480
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99 % (in gekerbten Blöckchen)	1690	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	93500 94500
Orig.-Hütten-Alumin. in Walzdraht od. Drahtbd	1705	Elektrolytkupfer p. 100 kg	132900
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte (Preis des Zinkhüttenverb.)	67575 —

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 24. Okt.

Die Produktenbörse verkehrte in fester Haltung. Das Wiederanziehen der Devisen trug sehr zur Belebung des Geschäftes bei. Die Angebote seitens der ersten Hand sind ebenfalls nicht zahlreicher geworden, während die zweite Hand mit ihren Offerten aus dem Markt verschwunden ist.

Weizen wurde seitens der Mühlen zu kaufen gesucht, die für Roggen ebenfalls lebhaftes Interesse bekundeten, da der Mehlabsatz sich wieder belebt hat. Für Roggen lagen auch zur Umlage Aufträge vor. Hafer bleibt weiter sehr knapp angeboten und lebhaft begehrt. In guter Braugerste konnten infolge fehlender Ware Abschlüsse nicht getätigt werden. Wintergerste fand bei der Industrie leicht Unterkunft. In Mais war das Geschäft bei steigenden Preisen lebhafter. Rauhfutter stand bei dringender Nachfrage nur in kleinen Posten zur Verfügung, in Kleie und Oelkuchen entwickelte sich lebhaftes Geschäft. Die übrigen Futtermittel lagen ebenfalls fest. Hülsenfrüchte standen nur in kleinen Posten zur Verfügung. Das Geschäft in Oelsaaten war ruhig, aber fest.

Amtliche Notierungen für 1 Zentner ab Station

Weizen, märk. 9500—9700, pom. —, meckl. —, fest.
Roggen, märk. 9000—9100, pom. 9000—9050, schles. —, fester.
Wintergerste 9000, Sommergerste 9300—9500, fest.
Hafer, märk. 9500—9800, pom. —, schles. 9500—9900, fest.
Mais, La Plata, —, ohne Provenienzangabe 9800—9900, fest.
Weizenmehl 25500—27500, Roggenmehl 23000—25000, fest (je 2 Z.).
Weizenkleie 4500—5000, Roggenkleie 4500—5000, fest.
Raps 12000—14000, fest.

Victoriaerbsen	13000—14000	Lupinen, blaue	6000—6300
Kl. Speiseerbsen	12500—13000	Lupinen, gelbe	6500—7500
Futtererbsen	—	Serradella, neue	—
Peluschken	9000—10000	Rapskuchen	3500—6000
Ackerbohnen	—	Leinkuchen	—
Wicken	—	Trockenschnitzel, pr. 4500	—4600
Zuckerschnitzel —, Torfmelasse 3200—3400.			

Nichtamtlich: Kokoskuchen 7100—7500, Reisfuttermehl 5400—6400, Palmkernkuchen 5800—6500 M. für 50 Kilogramm. Melassefutter: Weizenkleie 5700, Biertreber 5100, Treber 4900, Haferschalen 4700, Hafermehl 4600, Strohmehl 4000, Palmkernschrot 5200, Sennhütte 4900, Melisan 4200 M. für 50 Kilogramm einschließlich Verpackung. Alles ab Verladestation.

Heu und Stroh. (Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter.) Großhandelspreis für 50 Kilogramm ab märkischer Station. Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 1575 bis 1650, drahtgepr. Haferstroh 1575—1650, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1475—1575, Roggenlangstroh 1575 bis 1650, geb. Krummstroh 1375—1475, Häcksel 1800—1900, handelsübl. Heu 880—930, gutes Heu 950—1000 M.

Bericht des Vereins der Hamburger Getreidehändler.

Infolge der schwächeren Devisen war der Markt heute etwas ruhiger und es zeigte sich wieder einiges Geschäft. Weizen 9000—10 000, Roggen 9000—9500, Hafer 9200—9600, Sommergerste 9400—9800 M. ab Station. Ausländische Gerste 9200—9800, Mais loko 9000—9100, November 9200—9300 M. frei Kahnwaggon. Oelkuchen leicht abgeschwächt.

Kartoffeln.

Preise der Notierungskommission in Mark je Zentner ab Verladestationen (Erzeugerpreise): **Berlin**, 24. Okt. Weiße und rote 460—480, gelbfl. 520. **Schwerin i. M.**, 23. Okt. Weiße 550 bis 600, rote 480—500, gelbfl. 640—670. **Dresden**, 23. Okt. Weiße, rote und gelbfl. 500—550. **Erfurt**, 23. Okt. Weiße 425 bis 450, rote 400, gelbfl. 475—500. **Hannover**, 23. Okt. Weiße 590, rote 550, gelbfl. 650. **Breslau**, 23. Okt. Weiße und rote 430—460.

Flachs.

Berlin, 23. Okt. Preisbericht der Deutschen Leinenbörse E. V., Berlin. Der Umsatz in Stroh- und Faserflachs war infolge des täglich sprungweise fallenden Wertes der Mark sehr gering und die Spannung zwischen den Preisen der einzelnen Geschäfte sehr groß. Aufgeboten wurden Abschlüsse durch sehr hohe Forderungen der Landwirte und Zurückhaltung der Käufer erschwert. Strohflachs: Es wurden bezahlt für mittlere Qualitäten: 1800—2000 M., gute und beste Qualitäten 2000—4000 M. je Zentner. Die obigen Grenzpreise verstehen sich für volle Wagenladungen einheitlicher Qualität. In Westfalen und in Schlesien wurden für guten Flachs noch höhere Preise bis zur Höhe des Roggenpreises bezahlt. Faserflachs: Guter und bester Schwingflachs 500—720 M. je Kilo, geschüttelten Schwingwerg 120—150 M. je Kilo.

Turnen, Spiel und Sport

— **Feldberg Rennen 1922.** Das vom Gau IIIa Frankfurt a. M. des A. D. A. C. am Sonntag veranstaltete Feldbergrennen auf der schwierigen 8 Kilometer langen Strecke Hohemark—Sandpladen im Taunus hatte sich bei bestem Wetter zu erfreuen und eine große Zuschauermenge auf die Beine gebracht. Die Beteiligung war in allen Klassen recht rege und die erzielten Zeiten sind fast durchweg recht gut. Der Opelfahrer Hörns fuhr mit seinem Rennwagen in der Sonderklasse über 10 PS. mit 5:44.4 die weitaus beste Zeit des Tages. Die Wertung in den einzelnen Wagenklassen geschah getrennt für Herrenfahrer und Fahrer mit industriellen Interessen. Ein Zwischenfall, der leicht üble Folgen hätte haben können, stieß einem Fahrzeug zu, das in Brand geriet. Die Insassen konnten sich jedoch rechtzeitig durch Abspringen in Sicherheit bringen. Die Sieger der einzelnen Klassen waren: Motorräder bis 150 ccm. Fritz von Opel (Opel) 9:21.3; bis 250 ccm. Knapp (Ceck) 9:22; bis 350 ccm. Rattie (Blanderer) 8:47.2; bis 500 ccm. Fritz Kleemann (engl. Triumph) 6:27.2; bis 750 ccm. F. Kleemann (engl. Triumph) 6:29; bis 1000 ccm. Beckenheimer (NSU) 7:21. — Motorräder mit Beiwagen: Geh (engl. Triumph) 10:24.2. — Wagen bis 6 PS. Klasse I: Engel (Wanderer) 8:59.2; Klasse B: Köllner (Dixi) 7:54; bis 8 PS. Klasse A: Ludwig (Opel) 8:04.4; Klasse B: Kalinowski (Selve) 8:25.1; bis 10 PS. Klasse A: Groth (Adler) 7:17.1; Klasse B: Schulze-Stepputh (Benz) 7:11; über 10 PS. Klasse A: Groth (Adler) 6:16.3; Klasse B: Brion (Adler) 6:22.1. — Rennwagen bis 10 PS.: W. Kellner (Adler) 6:47.1; Ueber 10 PS.: Hörns (Opel) 5:44.4.

— **Dem Bundestag des Deutschen Fußballbundes** am 19. November in Jena liegt folgende Tagesordnung vor: Vorlage des Jahres- und Kassenberichtes; Entlastung des Vorstandes und der Ausschüsse; Neuwahlen; Genehmigung des Haushaltsplanes; Satzungsänderungen und Anträge (u. a.: Die Bundesmeisterschaft 1921/22 kommt in Vorschlag); Verschmelzung des Verbandes Brandenburgischer Ballspielvereine mit dem Baltischen Rasen- und Wintersportverband; Jugendtrages; Stellungnahme zur Presse; Verschiedenes.

— **Neuordnung des Fußballspiels.** Das letzte Wettkampfspiel zwischen dem 1. F.-C. Nürnberg und dem Hamburger Sportverein hat dem Bundesfußballausschuß veranlaßt, einige Aenderungen der Fußballregeln vorzunehmen. Regel 2 Satz 2 soll lauten: „Bei seiner Partei darfen bei Beginn des Spieles mehr als 3 Mann stehen." In Regel 3 ist der Satz: „Das Spiel ist abgebrochen, wenn sich während des Spieles die Zahl der Spieler einer Partei auf weniger als 8 vermindert hat" zu streichen. Diese Aenderungen treten mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

— **Die Zwischenrundenspiele um den Fußball-Bundespokal,** die am 12. November in Hannover unter Leitung von Jaedel-Fürth, Mittel-Westdeutschland und Leipzig unter Leitung von Ballenstedt und unter Leitung von Martelod-Spandau zusammenführen, nehmen um 2 Uhr ihren Anfang. An dem Tage der Austragung besteht an diesen Orten den 12 Uhr ab Spielverkehr für alle anderen Fußballspiele.

— **Der Weltrekordversuch des Franzosen Manegrolle** von 3 Stunden 22 Minuten behältigt sich. Henders Leistung ist um 12 Minuten überboten. Gleichzeitig gelang es dem Engländer J. R. Olley auf einem Rover-Motorrad einen neuen englischen Konstrukteur Rekord in der Klasse eingestellten Rekord mit Passagierstoß von 13 Minuten auf 49 Minuten zu verbessern.

— **Der Süddeutsche Fußballmeister Wacker München,** der schon am vergangenen Sonntag gegen die Münchener T. V. von 1860 mit 1:0 unterlag, erlitt am Sonntag eine neuerliche Niederlage im Verbandsspiel gegen den Turnverein Augsburg, der der ehemaligen Schiffermannschaft mit 7:0 das Kaufchen aab.

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für Politik: Dr. Wolfgang Schmidt; für Kommunalpolitik und Halle: Hans Dellinger; für den volkswirtschaftlichen Teil und Wirtschaftsleben: Hermann Hertz; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und Sport: Erich Geilbach. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192210251-13/fragment/page=0004